

presse

AG Angelegenheiten der Europäischen Union

Union muss sich deutlich von Steinbach distanzieren

*Anlässlich der Äußerungen der BdV-Präsidentin Erika Steinbach erklären der stellvertretende europapolitische Sprecher **Michael Roth** und der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion **Dietmar Nietan**:*

Mit ihren jüngsten Äußerungen, Polen habe mit der Mobilisierung gegen Deutschland bereits im Frühjahr 1939 begonnen, hat die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach den letzten Rest an demokratischem Grundkonsens innerhalb der "Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" einseitig aufgekündigt. Der gesetzlich festgelegte Zweck dieser Stiftung, nämlich "im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihren Folgen wachzuhalten" (§16, Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Deutsches Historisches Museum") lässt sich mit den derzeitigen BdV-Funktionären im Stiftungsrat nicht mehr aufrecht erhalten.

Aus diesem Grund erwarten wir von der Bundeskanzlerin und CDU-Parteivorsitzenden Angela Merkel sowie dem Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion Volker Kauder, sich umgehend und unmissverständlich von den schamlosen Versuchen der Geschichtsklitterung zu distanzieren und Frau Steinbach einen Austritt aus der CDU-Bundestagsfraktion nahezu legen. Wer, wie Frau Steinbach, den Versuch unternimmt, die Verantwortung Nazi-Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg zu relativieren, muss auf den entschiedenen Widerstand aller Demokraten stoßen. Schließlich ist es nicht das erste Mal, dass Frau Steinbach mit Worten und Taten insbesondere den deutsch-polnischen Beziehungen schweren Schaden zugefügt hat.

Die SPD hatte bereits bei der Wahl der Mitglieder des Stiftungsrates der

"Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" am 7. Juli 2010 erhebliche Bedenken gegen die BdV-Funktionäre und CDU-Mitglieder Hartmut Sänger und Arnold Tölg vorgebracht. Beide sitzen für den BdV im Stiftungsrat und machen wiederholt deutlich, dass ihnen nicht daran gelegen ist, zur Arbeit der Stiftung im Sinne der Versöhnung beizutragen. Die Abstimmung über die Besetzung des Stiftungsrates über eine Gesamtliste ist nicht haltbar und muss geändert werden, damit ein Ausschluss derjenigen Personen, die eindeutig nicht hinter dem Stiftungsziel der Versöhnung stehen, möglich wird.